

No. 37796

**Austria
and
Cuba**

Convention between the Republic of Austria and the Republic of Cuba concerning the mutual execution of judicial decisions in criminal matters. Vienna, 14 October 1999

Entry into force: *16 October 2001, in accordance with article 24*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 1 November 2001*

**Autriche
et
Cuba**

Convention entre la République d'Autriche et la République de Cuba relative à l'exécution mutuelle des décisions judiciaires en matière pénale. Vienne, 14 octobre 1999

Entrée en vigueur : *16 octobre 2001, conformément à l'article 24*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 1er novembre 2001*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG

zwischen der Republik Österreich und der Republik Kuba über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen

Die Republik Österreich und die Republik Kuba, die im weiteren Vertragsparteien genannt werden, haben in der Absicht, die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten zu verbessern, und die soziale Wiedereingliederung von zu Freiheitsentziehung verurteilten Personen durch Strafverbüßung in deren Heimatstaat zu erleichtern,

folgende Vereinbarung getroffen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, auf Ersuchen unter den in diesem Vertrag festgesetzten Bedingungen Staatsbürger einer Vertragspartei, über die von einem Gericht des anderen Staates nach rechtskräftigem Urteil eine Freiheitsstrafe verhängt worden ist, zur Vollziehung in den Heimatstaat zu überstellen.

(2) Mit Freiheitsentziehung verbundene Maßnahmen, die nach den Strafgesetzen durch eine gerichtliche Entscheidung neben oder anstelle einer Strafe ausgesprochen werden, werden nach diesem Vertrag Freiheitsstrafen gleichgestellt. Ist die Dauer einer noch zu vollziehenden Maßnahme unbestimmt, so ist von dem gesetzlich zulässigen Höchstmaß auszugehen.

(3) Als Staatsbürger einer Vertragspartei ist eine Person anzusehen, welche nach der Rechtsordnung dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft besitzt und in diesem ständigen Wohnsitz hat.

Artikel 2

(1) Ersuchen nach Art. 1 Abs. 1 werden von dem Staat gestellt, in dem die gerichtliche Entscheidung ergangen ist (Urteilsstaat) oder von dem Staat, in dem die gerichtliche Entscheidung vollzogen werden soll (Vollstreckungsstaat).

(2) Der Verurteilte, sein gesetzlicher Vertreter, sein Ehegatte, seine Verwandten in gerader Linie und seine Geschwister können bei jeder der Vertragsparteien ein Vorgehen nach Abs. 1 anregen. Der Urteilsstaat wird den Verurteilten über diese Möglichkeit belehren.

Artikel 3

Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag erfolgt zwischen den Justizministerien. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 4

Die Ersuchen, Mitteilungen und beigelegten Unterlagen werden in der Sprache des Urteilsstaates übermittelt; eine Legalisierung ist nicht erforderlich.

Artikel 5

Die Überstellung wird nur bewilligt, wenn die der Entscheidung zugrundeliegende Handlung nach dem Recht beider Vertragsparteien gerichtlich strafbar ist.

Artikel 6

(1) In Abgaben-, Steuer-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel wird die Vollziehung der gerichtlichen Entscheidung übernommen, wenn die der Verurteilung zugrundeliegende Handlung auch nach einer vergleichbaren gesetzlichen Strafbestimmung des Vollstreckungsstaates gerichtlich strafbar wäre.

(2) Die Überstellung darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des Vollstreckungsstaates keine Abgaben-, Steuer-, Zoll-, Monopol- oder Devisenvorschriften oder keine Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel derselben Art wie das Recht des Urteilsstaates enthält.

Artikel 7

Die Überstellung wird nicht bewilligt, wenn die der Entscheidung zugrundeliegende Handlung nach dem Recht einer der Vertragsparteien eine strafbare Handlung politischen Charakters ist, bei der unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles, insbesondere der Art der Begehung, der angewendeten oder vorgesehenen Mittel oder der Schwere der eingetretenen oder möglichen Folgen, nicht der kriminelle Charakter überwiegt.

Artikel 8

Die Überstellung wird nicht bewilligt, wenn die der Entscheidung zugrundeliegende Handlung ausschließlich militärischer Art ist.

Artikel 9

Die Überstellung kann abgelehnt werden, wenn

- a) die Vollstreckbarkeit der Freiheitsstrafe nach dem Recht einer der Vertragsparteien verjährt oder die Vollziehung aus anderen Gründen unzulässig ist;
- b) der Verurteilte im Vollstreckungsstaat wegen derselben Handlung durch rechtskräftige Entscheidung verurteilt oder freigesprochen oder das Verfahren aus anderen als verfahrensrechtlichen Gründen endgültig eingestellt worden ist;
- c) die Entscheidung von einem Ausnahmegericht, das nur zeitweilig eingesetzt war, getroffen worden ist;
- d) sie nach Ansicht des Vollstreckungsstaates seine öffentliche Ordnung oder Grundsätze seiner Rechtsordnung gefährden würde;
- e) der Verurteilte oder sein gesetzlicher Vertreter die Zustimmung verweigert;
- f) sich der Verurteilte im Urteilsstaat in Haft befindet und am Tag des Einlangens des Ersuchens eine Freiheitsstrafe, die kürzer als ein Jahr ist, zu vollziehen ist. Zur Beurteilung dieser Voraussetzung werden mehrere Freiheitsstrafen oder ihre zu vollziehenden Reste zusammengerechnet;
- g) der Verurteilte im Urteilsstaat seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- h) wenn über den Verurteilten die Todesstrafe verhängt worden ist, es sei denn, diese ist in eine Freiheitsstrafe umgewandelt worden.

Artikel 10

(1) Ersuchen nach diesem Vertrag werden schriftlich gestellt.

(2) Dem Ersuchen sind anzuschließen:

- a) eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des rechtskräftigen und vollstreckbaren Urteils sowie allfällige Rechtsmittelentscheidungen;
- b) eine Abschrift der angewendeten gesetzlichen Bestimmungen sowie jener über die bedingte Entlassung;
- c) Angaben zu der Person des Verurteilten, zu seiner Staatsangehörigkeit, seinem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt;
- d) eine Bestätigung über den vollzogenen Teil der Freiheitsstrafe oder die anzurechnenden Haftzeiten;
- e) weitere Unterlagen und Angaben, die für die Beurteilung des Ersuchens von Bedeutung sein können.

Artikel 11

Hält der Vollstreckungsstaat die ihm übermittelten Unterlagen und Angaben nicht für ausreichend, so ersucht er um die notwendigen Ergänzungen. Er kann für deren Einlangen eine angemessene Frist bestimmen; diese kann auf Ersuchen verlängert werden.

Mangels einer Ergänzung wird über das Ersuchen auf Grund der vorhandenen Unterlagen und Angaben entschieden.

Artikel 12

Die Vertragsparteien verständigen einander so bald wie möglich, ob und inwieweit dem Ersuchen stattgegeben wird. Jede vollständige oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

Artikel 13

(1) Wird die Überstellung bewilligt, so setzt das Gericht des Vollstreckungsstaates die Freiheitsstrafe in der gleichen Art und Dauer fest, wie sie im Urteilsstaat verhängt worden ist. Ist diese jedoch nach Art oder Dauer mit den Rechtsvorschriften des Vollstreckungsstaates nicht vereinbar, so wird er sie an die nach seinem Recht für eine strafbare Handlung derselben Art vorgesehene Strafe anpassen. Sie muß ihrer Art und Dauer nach soweit wie möglich der Strafe entsprechen, die durch die zu vollziehende Entscheidung verhängt worden ist. In diesem Fall ist der Vollstreckungsstaat an die Tatsachenfeststellungen gebunden, die der im Urteilsstaat getroffenen Entscheidung zugrundeliegen.

(2) Durch die Vollziehung im Vollstreckungsstaat darf der Verurteilte in der Gesamtauswirkung nicht ungünstiger gestellt werden als im Fall der weiteren Vollziehung im Urteilsstaat.

(3) Die Vollziehung einschließlich der bedingten Entlassung richtet sich nach dem Recht des Vollstreckungsstaates. Für den Verurteilten günstigere Rechtsvorschriften des Urteilsstaates betreffend die bedingte Entlassung werden jedoch angewendet, sofern die Grundsätze der Rechtsordnung des Vollstreckungsstaates dem nicht entgegenstehen.

(4) Die im Urteilsstaat in Haft zugebrachte Zeit wird in die im Vollstreckungsstaat zu verbüßende Freiheitsstrafe eingerechnet.

(5) Im Falle einer nachträglichen Aufhebung oder Abänderung der gerichtlichen Entscheidung (Art. 16 Abs. 3) setzt das Gericht des Vollstreckungsstaates erforderlichenfalls neuerlich die zu vollziehende Freiheitsstrafe fest.

Artikel 14

Liegen der Verurteilung mehrere strafbare Handlungen zugrunde, kann die Vollziehung aber nur wegen des auf einzelne dieser Handlungen entfallenden Teiles der Freiheitsstrafe erfolgen, so wird das Gericht des Vollstreckungsstaates im Rahmen des Verfahrens nach Art. 13 Abs. 1 den zu vollziehenden Teil bestimmen, der auf diese Handlung entfällt.

Artikel 15

(1) Ist dem Ersuchen um Überstellung stattgegeben worden, so wird der Urteilsstaat den Verurteilten so bald wie möglich in den Vollstreckungsstaat überstellen.

(2) Entzieht sich der Verurteilte der Vollziehung im Vollstreckungsstaat, so erlangt der Urteilsstaat das Recht auf Vollziehung der Entscheidung wieder.

(3) Das Recht des Urteilsstaates auf Vollziehung erlischt endgültig, wenn der Verurteilte die Strafe verbüßt hat oder sie ihm endgültig nachgesehen worden ist.

(4) Ist im Vollstreckungsstaat gegen den Verurteilten wegen der dem Ersuchen um Überstellung zugrundeliegenden Handlung ein Strafverfahren anhängig und ist dem Ersuchen stattgegeben worden, so stellt dieser Staat das Strafverfahren vorläufig ein. Er erlangt das Recht zur Verfolgung wieder, wenn sich der Verurteilte der Vollziehung entzieht. Der Vollstreckungsstaat stellt das Strafverfahren endgültig ein, wenn die Strafe vollzogen oder ihre Vollziehung endgültig nachgesehen worden ist.

Artikel 16

(1) Der Verurteilte kommt in den vollen Genuß der Amnestien, die vom Urteilsstaat oder vom Vollstreckungsstaat erlassen werden.

(2) Gnadenmaßnahmen zugunsten des Verurteilten können vom Vollstreckungsstaat ergriffen werden. Hiedurch wird das Recht des Urteilsstaates, dem Vollstreckungsstaat solche Gnadenmaßnahmen zu empfehlen, nicht ausgeschlossen. Auf diese Empfehlung wird im Vollstreckungsstaat bei der Entscheidung über einen Gnadenweis Bedacht genommen werden. Unberührt bleibt auch das Recht des Urteilsstaates, Gnadenmaßnahmen mit Wirksamkeit für seinen Rechtsbereich zu ergreifen.

(3) Für eine Aufhebung oder Abänderung der gerichtlichen Entscheidungen, deren Vollziehung übernommen wurde, ist ausschließlich der Urteilsstaat zuständig.

Artikel 17

(1) Die Vertragsparteien verständigen einander so bald wie möglich von allen Umständen, die auf die Vollziehung Einfluß haben könnten und übermitteln einander Ausfertigungen oder beglaubigte Abschriften der ergangenen Entscheidungen.

(2) Der Urteilsstaat verständigt den Vollstreckungsstaat insbesondere von einer ergangenen Amnestie oder von einer Aufhebung oder Abänderung der gerichtlichen Entscheidung, deren Vollziehung übernommen wurde.

(3) Der Vollstreckungsstaat verständigt den Urteilsstaat, wenn sich der Verurteilte dem Strafvollzug entzieht, sowie von der Entlassung aus dem Vollzug der Strafe.

Artikel 18

(1) Ist dem Ersuchen um Überstellung stattgegeben worden, stellen die Vertragsparteien das Einvernehmen über Ort, Zeit und Art der Übergabe her.

(2) Der Urteilsstaat kann die Übergabe des Verurteilten aufschieben, um ein Strafverfahren wegen einer anderen strafbaren Handlung durchzuführen oder eine wegen einer anderen strafbaren Handlung ausgesprochene Freiheitsstrafe zu vollziehen.

Artikel 19

Die in Anwendung dieses Vertrages entstandenen Kosten werden vom Vollstreckungsstaat getragen, ausgenommen die Kosten, die ausschließlich im Hoheitsgebiet des Urteilsstaat entstehen.

Artikel 20

(1) Auf Ersuchen einer Vertragspartei wird die Durchbeförderung eines Verurteilten, der nicht Angehöriger der anderen Vertragspartei ist, durch deren Hoheitsgebiet in einen dritten Staat oder aus einem dritten Staat zur Vollziehung einer Freiheitsstrafe bewilligt. Die ersuchte Vertragspartei kann die Durchbeförderung ablehnen, wenn sie nach diesem Vertrag die Überstellung ablehnen könnte.

(2) Die Kosten der Durchbeförderung, die dem ersuchten Staat entstehen, werden vom ersuchenden Staat ersetzt.

Artikel 21

Von den Vertragsparteien übernommene Verpflichtungen aus bestehenden mehrseitigen Übereinkommen werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 22

Dieser Vertrag findet auch auf gerichtliche Entscheidungen Anwendung, die vor seinem Inkrafttreten ergangen sind.

Artikel 23

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Havanna ausgetauscht.

Artikel 24

(1) Dieser Vertrag tritt 90 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieser Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht eine der Vertragsparteien den Vertrag auf diplomatischem Weg kündigt; in diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach Einlangen der Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN zu Wien am 14. Oktober 1999 in zwei Urschriften in deutscher und spanischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

B. Ferrero-Waldner m. p.

Für die Republik Kuba:

Luis Garcia Peraza m. p.

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

CONVENIO

entre la República de Austria y la República de Cuba acerca de la ejecución recíproca de sentencias penales

La República de Austria y la República de Cuba, denominadas en lo sucesivo "Las Partes Contratantes",

Con el objetivo de perfeccionar la colaboración en materia penal y de facilitar la reinserción social de las personas sancionadas a privación de libertad, mediante el cumplimiento de la sanción en sus respectivos países de origen, conciertan el siguiente Convenio:

Artículo 1

(1) Ambas Partes Contratantes se comprometen, si así les fuera solicitado, a facilitar que bajo las condiciones estipuladas por este Convenio aquellos ciudadanos de uno de los Estados Contratantes que hayan sido condenados por sentencia firme a una sanción de libertad por un tribunal de la otra Parte, sean trasladados a su país de origen con vistas a la ejecución de ésta.

(2) Las medidas sustitutivas de privación de libertad dictadas por un tribunal junto con o en lugar de una Sanción, en virtud de la Ley penal, serán consideradas, a los efectos de este Convenio, como sanciones de privación de libertad. Si no estuviera determinado aún el tiempo de duración de la medida a ejecutar, se partirá de la pena máxima permitida por la Ley para el caso.

(3) Por ciudadano de una Parte Contratante se entenderá toda persona que, de conformidad con el ordenamiento jurídico de su Estado, posea la nacionalidad de ese Estado y resida permanentemente en éste.

Artículo 2

(1) Las solicitudes de conformidad con el Artículo 1, Acápito (1), serán presentadas tanto por el Estado en que se dictó la sentencia (Estado Sentenciador) como por el Estado en que deberá ejecutarse la sanción (Estado Ejecutor).

(2) El sancionado, su representante legal, su cónyuge, sus parientes por línea directa y sus hermanos podrán solicitar, de conformidad con el Acápito (1), este procedimiento ante cualquiera de las Partes Contratantes. El Estado Sentenciador instruirá al sancionado sobre dicha posibilidad.

Artículo 3

Todo el intercambio de correspondencia que se origine en virtud del presente Convenio, se realizará a través de los respectivos Ministerios de Justicia, sin que ello excluya la vía diplomática.

Artículo 4

Las Partes remitirán las solicitudes, notas y documentos anexos, en el idioma del país del Estado Sentenciador y no requerirán legalización.

Artículo 5

El traslado será admitido únicamente si el hecho en el cual se fundamenta la decisión es sancionable penalmente, de conformidad con la legislación de ambas Partes Contratantes.

Artículo 6

(1) En materia de delitos tributarios, fiscales, aduanales, de monopolio o de divisas, y en casos de violación de las normas sobre control de mercancías o comercio exterior, se asumirá la ejecución de la decisión judicial si el hecho en el cual se fundamenta la sentencia es punible también en virtud de disposiciones penales similares en el Estado Ejecutor.

(2) El traslado no podrá rehusarse, utilizando como único argumento que la legislación del Estado Ejecutor no contempla disposiciones tributarias, fiscales, aduanales, de monopolio o de normas sobre control de mercancías o comercio exterior del mismo tipo, de la forma en que las recoge la legislación del Estado Sentenciador.

Artículo 7

El traslado no será admitido si, de conformidad con la legislación nacional de una de las Partes Contratantes, el hecho objeto de la decisión fuese un hecho sancionable de índole política, en el cual, considerando todas las circunstancias del caso en particular, especialmente en cuanto a la forma en que se haya cometido y los medios que se utilizaron o previeron o la gravedad de las consecuencias derivadas o posibles, no existiese predominio del carácter penal.

Artículo 8

El traslado no se admitirá cuando el hecho objeto de la decisión sea de carácter estrictamente militar.

Artículo 9

El traslado podrá rehusarse si:

- a) La ejecución de la sanción de privación de libertad ha prescrito de conformidad con el derecho de una de las Partes Contratantes o si la ejecución fuera improcedente por otros motivos.
- b) El sancionado hubiera sido condenado por sentencia firme o absuelto en el Estado Ejecutor por el mismo delito o si la causa estuviese sobreesa definitivamente por motivos distintos a los procesales.
- c) La decisión hubiera sido tomada por un tribunal de excepción instalado en forma interina.
- d) En opinión del Estado Ejecutor pudiera poner en peligro el orden público o los principios del régimen legal de éste.
- e) El sancionado o su representante legal rehusara dar su consentimiento.
- f) En el momento de presentarse la solicitud, el sancionado se encontrara en prisión en el Estado Sentenciador, cumpliendo una sanción de privación de libertad menor de un año. Para determinar esta condición se sumarán todas las sanciones de privación de libertad o la parte de las mismas pendiente de ejecutar.
- g) El sancionado tuviese su domicilio o residencia habitual en el Estado Sentenciador.
- h) El sancionado fue condenado a pena de muerte, a menos que ésta haya sido conmutada por la privación de libertad.

Artículo 10

- (1) Las solicitudes, de conformidad con este Convenio se presentarán por escrito.
- (2) Las solicitudes deben ir acompañadas de:
 - a) Una copia o transcripción certificada de la sentencia firme, así como eventuales decisiones de recurso.
 - b) Una copia de las disposiciones legales aplicadas, así como de aquellas sobre la libertad condicional.
 - c) Datos personales del sancionado, sobre su nacionalidad, su domicilio o residencia habitual.
 - d) Una certificación sobre la parte ya ejecutada de la sanción de privación de libertad o los períodos de prisión por imputar.
 - e) Otros documentos o datos que puedan tener relevancia para juzgar la solicitud.

Artículo 11

Si el Estado Ejecutor no considerara suficientes los documentos y datos presentados, pedirá los complementarios necesarios. Para cuya presentación fijará un plazo razonable que podrá prorrogarse a solicitud.

Si no se aportaran los complementarios, se juzgará la solicitud sobre la base de los documentos y datos disponibles.

Artículo 12

Las Partes Contratantes se informarán mutuamente, a la mayor brevedad, acerca de la admisión o no de la solicitud. Cualquier negativa, ya sea total o parcial, deberá ser fundamentada.

Artículo 13

(1) Si el traslado es admitido, el tribunal del Estado Ejecutor fijará la sanción de privación de libertad en la misma forma y con la misma duración prevista en el Estado Sentenciador. No obstante, si la forma y duración de la sanción no fuera compatible con las disposiciones legales del Estado Ejecutor, éste las ajustará a lo previsto en su legislación para un hecho punible del mismo tipo. Esta sanción deberá corresponder en la mayor medida posible, en su forma y duración, a la sanción impuesta por decisión judicial por ejecutarse. En este caso, el Estado Ejecutor se regirá por la constatación de hechos en que se basó la decisión que se dictó en el Estado Sentenciador.

(2) La ejecución en el Estado Ejecutor no debe repercutir sobre la situación del procesado de modo que ésta resulte más desfavorable para él de lo que hubiera tenido lugar en el Estado Sentenciador.

(3) La ejecución, inclusive la libertad condicional, se regirá según la legislación vigente en el Estado Ejecutor. No obstante, se aplicarán las disposiciones del Estado Sentenciador más favorables al

sancionado en cuanto a la libertad condicional, en la medida en que los principios del régimen jurídico del Estado Ejecutor no se opongan a ello.

(4) El tiempo pasado en prisión en el Estado Sentenciador se tomará en cuenta para el cómputo de la pena de privación de libertad por cumplir en el Estado Ejecutor.

(5) En el caso de la anulación o modificación posterior de la decisión judicial (Artículo 16, Acápito 3), el tribunal de Estado Ejecutor determinará nuevamente, en caso necesario, la sanción de privación de libertad a ejecutar.

Artículo 14

Si la sanción se fundamenta en la comisión de varios delitos, pero la ejecución sólo se puede realizar para una parte de la sanción de privación de libertad correspondiente a algunos de estos delitos, el tribunal del Estado Ejecutor determinará, dentro del marco del procedimiento, según el Artículo 13, Acápito (1), la parte por ejecutar que corresponde a este delito.

Artículo 15

(1) Si la solicitud de traslado ha sido aceptada, el Estado Sentenciador trasladará al sancionado a la mayor brevedad al Estado Ejecutor.

(2) Si el sancionado se sustrajese del cumplimiento de la sanción en el Estado Ejecutor, el Estado Sentenciador recuperará el derecho de ejecución.

(3) El derecho de ejecución del Estado Sentenciador prescribe por completo al haber cumplido el sancionado la pena o haberse perdonado ésta definitivamente.

(4) Cuando en el Estado Ejecutor está pendiente un proceso penal contra el sancionado por el hecho objeto del traslado cuya admisión se solicita, y una vez que la misma sea admitida, este Estado sobreseirá provisionalmente el proceso penal. Recuperará su derecho a la prosecución si el procesado se sustrae a la ejecución. El Estado Ejecutor sobreseirá definitivamente la causa penal si la sanción ha sido extinguida o su ejecución definitivamente perdonada.

Artículo 16

(1) El sancionado tendrá pleno derecho a disfrutar de la amnistía decretada bien por el Estado Ejecutor o el Estado Sancionador.

(2) El Estado Ejecutor podrá tomar medidas de gracia a favor del Sancionado. Esto no menoscabará el derecho del Estado Sentenciador a hacer recomendaciones al Estado Ejecutor en cuanto a tales medidas. Al decidir sobre las medidas de gracia, el Estado Ejecutor tomará en cuenta las recomendaciones del Estado Sentenciador. Igualmente quedará intacto el derecho del Estado Sentenciador a tomar medidas de gracia con efecto sobre su esfera jurídica.

(3) La anulación o modificación de las decisiones judiciales, cuyo traslado se haya admitido, es de incumbencia exclusiva del Estado Sentenciador.

Artículo 17

(1) Las Partes Contratantes se informarán mutuamente, a la mayor brevedad, acerca de cualquier circunstancia que pudiera incidir en la ejecución y se harán llegar copias o transcripciones certificadas de las decisiones adoptadas.

(2) El Estado Sentenciador informará al Estado Ejecutor especialmente acerca de cualquier amnistía decretada o sobre anulación o modificación de la decisión judicial cuya ejecución se haya admitido.

(3) El Estado Ejecutor informará al Estado Sentenciador si el sancionado se sustrajese al cumplimiento de la sanción, así como sobre la liberación de la ejecución de la pena.

Artículo 18

(1) Si fue admitida la solicitud de traslado, las Partes Contratantes llegarán a un acuerdo sobre el lugar, la fecha y la forma de entrega.

(2) El Estado Sentenciador podrá demorar la entrega del sancionado a fin de efectuar un proceso penal por otro hecho punible o para ejecutar una sanción de privación de libertad dictada a raíz de otro hecho punible.

Artículo 19

Los costos que ocasione la aplicación de este Convenio correrán por cuenta del Estado Ejecutor, con excepción de aquellos que se originasen exclusivamente en la jurisdicción del Estado Sentenciador.

Artículo 20

(1) A petición de una de las Partes Contratantes se autorizará el tránsito por su territorio de un sancionado que no sea ciudadano del Estado de la otra Parte Contratante, hacia o desde un tercer país, para la ejecución de una sanción de privación de libertad. La solicitud podrá ser rechazada por la otra Parte Contratante si, de conformidad con el presente Convenio, pudiera no admitir el traslado.

(2) Los costos en que incurra el Estado Receptor de una solicitud de esta índole por este tránsito, serán asumidos por el Estado solicitante.

Artículo 21

El presente Convenio no afectará los compromisos contraídos con anterioridad por otros acuerdos multilaterales suscritos por las Partes Contratantes.

Artículo 22

Este Convenio será aplicable también a decisiones judiciales adoptadas con anterioridad a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 23

El presente Convenio está sujeto a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán intercambiados en La Habana.

Artículo 24

(1) El presente Convenio entrará en vigor 90 días después de haberse intercambiado los instrumentos de ratificación.

(2) El presente Convenio tendrá vigencia por tiempo indefinido, salvo que fuese denunciado por alguna de las Partes Contratantes por vía diplomática; lo que se hará efectivo un año después de recibirse la solicitud de denuncia.

Dado en Viena, el día catorce de octubre de mil novecientos noventa y nueve, en dos ejemplares en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República de Austria:

B. Ferrero-Waldner m. p.

Por la República de Cuba:

Luis García Peraza m. p.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF CUBA CONCERNING THE MUTUAL EXECUTION OF JUDICIAL DECISIONS IN CRIMINAL MATTERS

The Republic of Austria and the Republic of Cuba, hereinafter referred to as "the Contracting Parties",

Intending to improve cooperation in criminal matters and to facilitate the social reintegration of persons who have been sentenced to imprisonment by allowing them to serve their sentence in their State of origin, have agreed as follows:

Article 1

1. The Contracting Parties undertake, on request and subject to the conditions laid down in this Convention, to transfer citizens of either Contracting Party who have been sentenced to imprisonment by a court of the other State in accordance with an enforceable judgement, to their State of origin for the purpose of serving their sentence.

2. Alternatives to imprisonment which, in accordance with the penal laws, have been ordered by a court in addition to or in lieu of a penalty shall be equated with imprisonment pursuant to this Convention. If the duration of a measure that has yet to be executed is indeterminate, the maximum legally permissible sentence must be assumed.

3. A person who, in accordance with the legal system of a Contracting Party, possesses the nationality of that State and resides permanently therein shall be deemed to be a citizen of that State.

Article 2

1. The requests referred to in article 1, paragraph 1, shall be submitted either by the State in which the judicial decision has been issued (sentencing State), or by the State in which the decision is to be executed (enforcing State).

2. The convicted person, his or her legal representative, spouse, relatives by lineal descent and siblings may propose the action referred to in paragraph 1 to either Contracting Party. The sentencing State shall advise the convicted person of this possibility.

Article 3

Correspondence arising from this Convention shall be exchanged between the Ministries of Justice. The use of the diplomatic channel shall not be excluded.

Article 4

Requests, information and enclosed supporting documents shall be transmitted in the language of the sentencing State. No authentication shall be required.

Article 5

Transfer shall be authorized only if the act giving rise to the decision is a crime under the laws of both Contracting Parties.

Article 6

1. In criminal matters concerning levies, taxes, custom duties, monopolies and foreign exchange and in criminal matters concerned with the infringement of provisions on the rationing of goods or foreign trade, the judicial decision shall be enforced by the other State if the act giving rise to the conviction is also punishable under similar penal provisions of the enforcing State.

2. The transfer may not be rejected solely on the grounds that the law of the enforcing State does not contain any provisions governing levies, taxes, customs duties, monopolies or foreign exchange or any provisions on the rationing of goods or foreign trade which are identical to those of the law of the sentencing State.

Article 7

The transfer shall not be authorized if the act giving rise to the decision is, under the law of one of the Contracting Parties, a political offence which is not predominantly of a criminal nature, taking into account all the circumstances of the individual case, particularly the manner in which the offence was committed, the means used or planned, or the gravity of the consequences which have or could have occurred.

Article 8

The transfer shall not be authorized if the act giving rise to the decision is exclusively of a military nature.

Article 9

The transfer may be refused if:

- (a) The enforceability of the custodial sentence is barred by the law of one of the Contracting Parties or execution of the sentence is impermissible for other reasons;
- (b) The convicted person has been convicted or acquitted of the same act in the enforcing State in accordance with an enforceable decision, or proceedings have been abandoned definitively for other than procedural reasons;
- (c) The decision has been taken by a special, temporary tribunal;
- (d) In the opinion of the enforcing State, its public order, or the foundations of its legal system would be placed in jeopardy;
- (e) The convicted person, or his or her legal representative, refuses consent;
- (f) The convicted person is in detention in the sentencing State and, on the date on which the request is received, a custodial sentence of less than one year remains to be

served. In order to determine whether this condition has been met, several custodial sentences, or the portions remaining to be served, shall be added together;

(g) The convicted person has his or her permanent or habitual residence in the sentencing State;

(h) The death sentence has been passed on the convicted person, unless this has been commuted to a custodial sentence.

Article 10

1. Requests pursuant to this Convention shall be made in writing.

2. The following shall be enclosed with the request:

(a) An official or authenticated copy of the final and enforceable judgement, as well as any decisions upon appeal;

(b) A copy of the legal provisions applied and any provisions concerning conditional release;

(c) Personal data regarding the convicted person and the details of his or her nationality and permanent or habitual residence;

(d) Confirmation of that part of the custodial sentence which has already been served, or of the duration of any time spent in prison which should be taken into account;

(e) Any other supporting documents and particulars, which might be of relevance when considering the request.

Article 11

If the enforcing State considers the documents and data forwarded to it to be insufficient, it shall request the necessary supplementary information. It may specify an appropriate deadline for receipt which may be extended on request.

If no supplementary information is received, a decision on the request may be taken on the basis of existing supporting documents and data.

Article 12

The Contracting Parties shall notify each other, as soon as possible, whether and to what extent the request will be granted. The reasons for every complete or partial refusal must be stated.

Article 13

1. If the transfer is authorized, the court of the enforcing State shall set the same type and length of custodial sentence as that passed in the sentencing State. If, however, the type and length of this custodial sentence is incompatible with the legal provisions of the enforcing State, the latter shall adjust it to match the penalty laid down by the law of its country for a punishable act of the same nature. The type and length of the penalty must, as far as

possible, match the penalty imposed by the judicial decision which is to be enforced. In this case, the enforcing State shall be bound by the findings as to the facts forming the basis of the decision taken in the sentencing State.

2. The overall effect of serving the sentence in the enforcing State may not place the convicted person in a less favourable position than he or she would be in by continuing to serve the sentence in the sentencing State.

3. Execution of the sentence, including conditional release, shall comply with the law of the enforcing State. If, however, the legal provisions governing conditional release in the sentencing State are more favourable to the convicted person, those provisions shall apply, provided that they do not conflict with the principles of the legal system of the enforcing State.

4. Time spent in prison in the sentencing State shall count towards the custodial sentence to be served in the enforcing State.

5. If the judicial decision is subsequently set aside or revised (art. 16, para. 3), the court of the enforcing State shall, if necessary, again determine the custodial sentence to be served.

Article 14

If the conviction results from several criminal acts, but if a custodial sentence can be served only in respect of that part of the prison sentence related to some of these acts, the court of the enforcing State shall determine the part of the sentence that is to be served in respect of the individual acts within the framework of the procedure referred to in article 13, paragraph 1.

Article 15

1. If the request for a transfer has been granted, the sentencing State shall transfer the convicted person as soon as possible to the enforcing State.

2. If the convicted person evades execution of the sentence in the enforcing State, the sentencing State shall again become entitled to enforce the decision.

3. The right of the sentencing State to execute the decision shall expire definitively when the convicted person has served his or her sentence, or when the sentence has been definitively remitted.

4. If criminal proceedings are pending in the enforcing State against the convicted person on account of the act forming the basis of the request for a transfer, and if the request has been granted, that State shall suspend the criminal proceedings. It shall again become entitled to prosecute the convicted person if he or she evades execution of the sentence. The enforcing State shall abandon criminal proceedings definitively when the sentence has been completed or definitively remitted.

Article 16

1. The convicted person shall be entitled to the full enjoyment of amnesties granted by either the sentencing State or the enforcing State.

2. The enforcing State may pardon the convicted person. The sentencing State shall not be debarred from recommending such clemency measures to the enforcing State on that account. This recommendation shall be taken into consideration in the enforcing State when a decision is reached on granting pardon. The right of the sentencing State to grant measures of clemency effective in the area under its jurisdiction shall likewise remain unaffected.

3. The sentencing State shall have sole jurisdiction over setting aside or revising judicial decisions which are being executed in the enforcing State.

Article 17

1. The Contracting Parties shall notify each other as soon as possible of all circumstances which might influence enforcement of the sentence and shall send each other official or authenticated copies of the decisions issued.

2. The sentencing State shall inform the enforcing State in particular of an amnesty or of the setting aside or revision of a decision which is being executed in the enforcing State.

3. The enforcing State shall inform the sentencing State if the convicted person evades the enforcement of sentence and if he or she has been released from execution of the sentence.

Article 18

1. If the request to transfer the convicted person has been granted, the Contracting Parties shall agree on the place, time and manner of the handover.

2. The sentencing State may postpone the handing over of the convicted person in order to conduct criminal proceedings on account of another criminal act or in order to enforce a custodial sentence ordered on account of another criminal act.

Article 19

Costs relating to the application of this Convention shall be borne by the enforcing State, apart from such costs as are incurred solely in the territory of the sentencing State.

Article 20

1. At the request of either Contracting Party, the transit of a convicted person who is not a national of the other Contracting Party through its territory to or from a third State in order to serve a custodial sentence shall be permitted. The Contracting Party to which the

request is submitted may refuse transit if, pursuant to this Convention, it could refuse the transfer of a convicted person.

2. The transit costs incurred by the requested State shall be reimbursed by the requesting State.

Article 21

This Convention shall not affect the obligations of the Contracting Parties under existing multilateral agreements.

Article 22

This treaty shall also apply to judicial decisions issued before it entered into force.

Article 23

This Convention shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged at Havana.

Article 24

1. This Convention shall enter into force 90 days after the exchange of the instruments of ratification.

2. This Convention shall remain in force for an indefinite period, unless one of the Contracting Parties denounces it through the diplomatic channel, in which case it shall cease to have effect one year after receipt of the denunciation.

Done at Vienna on 14 October 1999, in two original copies in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

B. FERRERO-WALDNER

For the Republic of Cuba:

LUIS GARCÍA PERAZA

[TRANSLATION - TRADUCTION]

CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE CUBA RELATIVE À L'EXÉCUTION MUTUELLE DES DÉCISIONS JUDICIAIRES EN MATIÈRE PÉNALE

La République d'Autriche et la République de Cuba, ci-après dénommées les “ Parties contractantes ”,

Animées du désir de renforcer leur coopération en matière pénale et de faciliter la réinsertion sociale des personnes condamnées à une peine privative de liberté en leur permettant d'exécuter la sentence dans leurs pays d'origine respectifs, sont convenues de la Convention ci-dessous :

Article premier

1) Les Parties contractantes s'engagent, si elles en reçoivent la demande, à faciliter, dans les conditions prévues par la présente Convention, le transfèrement dans leur pays d'origine pour y purger leur peine des citoyens de l'un des Etats contractants qui auront été condamnés par un jugement définitif d'un tribunal de l'autre Partie à une peine privative de liberté.

2) Les mesures de substitution à une peine privative de liberté décidées par un tribunal qui accompagneront ou remplaceront ladite peine, conformément à la législation pénale, seront considérées, aux fins de la présente Convention, comme des peines privatives de liberté. Si la durée de la mesure en cause n'est pas encore fixée, elle sera déterminée sur la base de la peine maximale autorisée par la loi pour l'infraction commise.

3) Par citoyen d'une Partie contractante, on entendra tout individu qui, conformément à l'ordre juridique de son Etat, possède la nationalité de cet Etat et y réside en permanence.

Article 2

1) Les demandes formulées en vertu du paragraphe 1 de l'article premier seront présentées soit par l'Etat où le jugement aura été prononcé (Etat du jugement) soit par l'Etat où la peine devra être purgée (Etat d'exécution).

2) Le condamné, son représentant légal, son conjoint, ses parents en ligne directe et ses frères et sœurs pourront demander, conformément au paragraphe 1, l'application de cette procédure auprès de l'une ou l'autre des Parties. L'Etat du jugement informera le condamné de la faculté qui lui est offerte.

Article 3

Tout échange de correspondance né de l'application de la présente Convention se fera par l'intermédiaire des Ministères de la justice concernés, sans que la voie diplomatique soit pour autant exclue.

Article 4

Les Parties adresseront les demandes, notes et pièces jointes dans la langue de l'Etat du jugement et les documents transmis n'auront pas besoin d'être certifiés conformes.

Article 5

Le transfèrement ne pourra être approuvé si le fait servant de base à la décision est passible de sanction pénale en vertu de la législation des deux Parties contractantes.

Article 6

1) S'agissant des délits en matière fiscale (impôts et autres taxes), douanière, de monopole ou de devises et en cas de violation des prescriptions applicables au contrôle des marchandises ou au commerce international, la décision judiciaire sera exécutoire si le fait sur lequel la sentence repose est également passible de sanction pénale en vertu de la législation pénale des deux Parties contractantes.

2) Le transfèrement ne pourra pas être refusé pour le seul motif que la législation de l'Etat d'exécution ne comporte pas de dispositions du même type en matière fiscale (impôts et autres taxes), douanière, de monopole ou de devises et en cas de violation des prescriptions applicables au contrôle des marchandises ou au commerce international, se présentant dans la même forme qu'elles revêtent dans la législation de l'Etat du jugement.

Article 7

Le transfèrement ne sera pas approuvé si, selon la législation nationale de l'une des Parties contractantes, le fait visé par la décision est une infraction politique ne comportant pas, étant donné les circonstances de l'affaire considérée, spécialement les modalités d'exécution et les moyens utilisés ou la gravité des conséquences effectives ou éventuelles, un caractère à prédominance criminelle.

Article 8

Le transfèrement ne sera pas approuvé si le fait visé dans la décision est de nature strictement militaire.

Article 9

Le transfèrement pourra être refusé si :

a) L'exécution de la peine privative de liberté est prescrite au regard du droit de l'une des Parties contractantes ou si elle est impossible pour d'autres motifs.

b) Le condamné a été condamné par un jugement définitif ou acquitté dans l'Etat d'exécution pour la même infraction ou si le procès s'est soldé par un non-lieu pour des raisons non procédurales.

- c) La décision a été prise par une juridiction d'exception constituée temporairement.
- d) L'Etat d'exécution estime que l'ordre public ou les bases de l'ordre légal du pays risquent d'être mis en péril.
- e) Le condamné ou son représentant légal refuse de donner son consentement.
- f) Au moment où la demande est présentée, le condamné est détenu dans une prison de l'Etat du jugement et y purge une peine privative de liberté de moins d'un an. Pour déterminer si cette condition est remplie, seront additionnées toutes les peines privatives de liberté ou les fractions de celles restant à purger.
- g) Le condamné est domicilié ou réside habituellement dans l'Etat du jugement.
- h) Le condamné a été condamné à la peine de mort, à moins que celle-ci ait été commuée en une peine privative de liberté.

Article 10

- 1) Les demandes formulées en vertu de la présente Convention seront présentées par écrit.
- 2) Les demandes seront accompagnées des pièces ci-dessous :
 - a) Une copie ou une transcription certifiée de la sentence définitive ainsi que des décisions concernant les recours éventuels.
 - b) Une copie des dispositions légales applicables ainsi que de celles régissant la liberté conditionnelle.
 - c) Les renseignements individuels sur le condamné concernant sa nationalité, son domicile ou sa résidence habituelle.
 - d) Un certificat indiquant la fraction de la peine privative de liberté déjà exécutée ou les périodes d'emprisonnement à imputer.
 - e) Tous autres documents ou renseignements pertinents pouvant servir à l'examen de la demande.

Article 11

Si l'Etat d'exécution estime que les pièces et les renseignements présentés ne sont pas suffisants, il demandera les informations complémentaires nécessaires, pour la desquelles il fixera un délai raisonnable, qui pourra être prorogé sur demande.

Si lesdites informations supplémentaires ne sont pas fournies, la demande sera examinée sur la base des pièces et des renseignements disponibles.

Article 12

Les Parties contractantes s'informeront mutuellement, dans les plus brefs délais, de la suite, positive ou négative, donnée à la demande. Toute décision, totalement ou partiellement négative, devra être motivée.

Article 13

1) Si le transfèrement est approuvé, le tribunal de l'Etat d'exécution prononcera une peine privative de liberté de même nature et de même durée que celle qui aura été décidée dans l'Etat du jugement. Toutefois, si la nature et la durée de la peine ne sont pas compatibles avec les dispositions légales de l'Etat d'exécution, celui-ci les modifiera pour qu'elles soient conformes à ce qui sera prévu par sa législation pour une infraction du même type. Cette peine devra dans toute la mesure du possible être analogue, quant à sa nature et à sa durée, à celle infligée par décision judiciaire en vue de son exécution. En pareil cas, l'Etat d'exécution se fondera sur les faits avérés qui auront servi de base à la décision prise dans l'Etat du jugement.

2) L'exécution de la peine dans l'Etat d'exécution ne devra pas avoir, sur la situation du condamné, des effets plus durs qu'elle n'en aurait eu dans l'Etat du jugement.

3) L'exécution de la peine, y compris le régime de la liberté conditionnelle, sera régie par la législation en vigueur dans l'Etat d'exécution. Toutefois, le condamné mis en liberté conditionnelle bénéficiera des dispositions les plus favorables de l'Etat du jugement dans la mesure où les principes du régime juridique de l'Etat d'exécution ne s'y opposeront pas.

4) La durée de la période d'emprisonnement dans l'Etat du jugement sera prise en compte aux fins du calcul de la durée de la peine privative de liberté à purger dans l'Etat d'exécution.

5) En cas d'annulation ou de modification survenue ultérieurement à la décision judiciaire (paragraphe 3 de l'article 16), le tribunal de l'Etat d'exécution déterminera à nouveau, si besoin est, la peine privative de liberté à purger.

Article 14

Si la peine sanctionne la perpétration de plusieurs infractions mais si l'exécution n'est possible que pour une fraction de la peine privative de liberté correspondant à certaines de ses infractions, le tribunal de l'Etat d'exécution fixera, dans le cadre de la procédure définie au paragraphe 1 de l'article 13, la fraction de la peine à purger au titre de ces infractions.

Article 15

1) Si la demande de transfèrement a été acceptée, l'Etat du jugement transférera le condamné dans les plus brefs délais vers l'Etat d'exécution.

2) Si le condamné se soustrait à l'exécution de sa peine dans l'Etat d'exécution, l'Etat du jugement aura de nouveau le droit de lui faire purger sa peine.

3) Le droit de l'Etat du jugement de faire purger la peine s'éteindra complètement lorsque le condamné aura exécuté la sentence ou lorsqu'il aura bénéficié d'une mesure de grâce définitive.

4) Si un individu condamné est poursuivi au pénal dans l'Etat d'exécution pour le fait au titre duquel son transfèrement a été demandé et si la demande a été acceptée, l'Etat en question suspendra les poursuites pénales. Il aura le droit de les reprendre si le transféré se

soustrait à l'exécution de sa peine. L'Etat d'exécution mettra définitivement fin à l'action pénale si la peine est éteinte ou si elle a fait l'objet d'une mesure de grâce.

Article 16

1) Le condamné bénéficiera pleinement de l'amnistie décidée soit par l'Etat d'exécution soit par l'Etat du jugement.

2) L'Etat d'exécution pourra prendre des mesures de grâce en faveur du condamné. Cette faculté s'exercera sans préjudice du droit de l'Etat du jugement de faire des recommandations à l'Etat d'exécution au sujet de ces mesures. Lorsqu'il prendra des décisions concernant les mesures de grâce, l'Etat d'exécution tiendra compte des recommandations de l'Etat du jugement. En outre, rien ne portera atteinte au droit de l'Etat du jugement d'adopter des mesures de grâce produisant leurs effets sur le territoire relevant de sa juridiction.

3) L'annulation ou la modification des décisions judiciaires dont l'exécution a été transférée relèvera de la compétence exclusive de l'Etat du jugement.

Article 17

1) Les Parties contractantes s'informeront mutuellement, dans les plus brefs délais, de tout événement pouvant avoir une incidence sur l'exécution de la peine et se transmettront des copies ou des transcriptions certifiées des décisions adoptées.

2) L'Etat du jugement informera l'Etat d'exécution en particulier de toute mesure d'amnistie adoptée ou de toute annulation ou modification de la décision judiciaire dont l'exécution aura été transférée.

3) L'Etat d'exécution préviendra l'Etat du jugement si le condamné se soustrait à l'exécution de sa peine et l'informerá de toute mesure le libérant de l'obligation de purger sa peine.

Article 18

1) Si la demande de transfèrement est acceptée, les Parties contractantes décideront, d'un commun accord, du lieu, de la date et des modalités de la remise.

2) L'Etat du jugement pourra surseoir à la remise du condamné en vue de poursuites pénales du chef d'un autre fait punissable ou de l'exécution d'une peine privative de liberté prononcée en raison d'un autre fait punissable.

Article 19

Les frais occasionnés par l'application de la présente Convention seront à la charge de l'Etat d'exécution, à l'exception de ceux encourus exclusivement sur le territoire de l'Etat du jugement.

Article 20

1) Sur demande de l'une des Parties contractantes, l'autre autorisera le transit par son territoire, à destination ou en provenance d'un pays tiers, d'un condamné qui n'est pas citoyen de l'Etat représenté par la première Partie contractante en vue de l'exécution d'une peine privative de liberté. La demande pourra être rejetée par l'autre Partie contractante si le transfèrement ne peut être autorisé en vertu de la présente Convention.

2) Les frais encourus par l'Etat qui recevra une demande de transit de cette nature seront pris en charge par l'Etat requérant.

Article 21

La présente Convention sera sans effet sur les engagements contractés antérieurement dans le cadre d'accords multilatéraux conclus par les Parties contractantes.

Article 22

La présente Convention sera également applicable aux décisions judiciaires prises avant son entrée en vigueur.

Article 23

La présente Convention est soumise à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à La Havane.

Article 24

1) La présente Convention entrera en vigueur 90 jours après l'échange des instruments de ratification.

2) La présente Convention demeurera en vigueur pendant une période indéfinie mais elle pourra être dénoncée par l'une des Parties contractantes par la voie diplomatique, la dénonciation prenant effet un an après réception de la notification correspondante.

Fait à Vienne, le 14 octobre 1999, en deux exemplaires en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

B. FERRERO-WALDNER

Pour la République de Cuba :

LUIS GARCÍA PERAZA

